

Ressort: Politik

IW: Parität bei Lohnkosten heizt Inflation an

Köln, 22.08.2017, 19:27 Uhr

GDN - Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erwartet als Folge einer Wiedereinführung der vollen Parität bei den Lohnnebenkosten einen Anstieg der Preissteigerungsrate bis 2027 um 3,6 Prozent. Das geht aus einer Modellrechnung hervor, über die das "Handelsblatt" in seiner Mittwochausgabe berichtet.

SPD, Grüne und Linke wollen die Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung, die allein die Versicherten zahlen müssen, kippen und den Arbeitgeberbeitrag im Gegenzug wieder auf 50 Prozent des gesamten Krankenkassenbeitrags erhöhen. Die IW-Studie bestätigt allerdings, dass die Rückkehr zur Parität den 70 Millionen gesetzlich Versicherten zunächst auf einen Schlag 7,4 Milliarden Euro mehr Nettoeinkommen pro Jahr bringen würde. 1,4 Milliarden Euro würden allein bei den 20 Millionen Rentnern landen. Dieser warme Geldregen für die Verbraucher würde auch die Inlands-Konjunktur anheizen. Um 0,3 Prozent würde der private Konsum bereits 2018 im ersten Jahr der Abschaffung des Zusatzbeitrags steigen. Im zehnten Jahr, 2027, wäre die Binnennachfrage immer noch 0,5 Prozent höher als bei Fortgeltung des geltenden Rechts. Doch diesem Schub für die Inlandsnachfrage stehen die negativen Effekte der stärkeren Belastung der Arbeitgeber um sechs Milliarden Euro im Jahr bei den Arbeitskosten gegenüber. Und die überwiegen nach der Modellrechnung des IW auf Dauer. Das IW unterstellt dabei, dass die Unternehmen versuchen werden, den starken Anstieg der Lohnkosten vor allem durch Preiserhöhungen bei ihren Produkten auszugleichen. Dies werde zu Lasten der deutschen Exportwirtschaft und ihrer Wettbewerbsfähigkeit gehen. Die Exporte würden zwar im ersten Jahr nur um 0,1 Prozent niedriger ausfallen, als ohne Reform. Doch bereits 2021 würden die Nachteile durch die gesunkene Wettbewerbsfähigkeit im Geschäft mit dem Ausland den Vorteil der gestiegenen Kaufkraft im Inland übertreffen. Unter dem Strich drohe ein Minus beim realen Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts von 0,4 Prozent bis 2027. Auch die Zahl der Erwerbslosen würde wegen der Abschaffung der Zusatzbeiträge zunehmen und 2027 um 0,8 Prozentpunkte höher liegen als ohne die Erhöhung der Lohnzusatzkosten der Unternehmen. Das würde 400.000 Arbeitslose mehr bedeuten. Schließlich würden die steigenden Preise einen Gutteil der gestiegenen Nettoeinkommen wieder "auffressen".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-93616/iw-paritaet-bei-lohnkosten-heizt-inflation-an.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619